

STANDPUNKTE • China verkauft BMW Lithium für eine halbe Milliarde Euro

Bolivien zieht Lithium-Vertrag mit Deutschland zurück

Ein Standpunkt von Karl Bernd Esser.

Der bayerische Autobauer BMW hat bei dem chinesischen Rohstoff-Konzern Ganfeng Lithium für 540 Millionen Euro Mitte Dezember 2019 bestellt. „Mit der Vertragsunterzeichnung sichern wir unseren Lithium-Bedarf für Batteriezellen ab“, sagte Einkaufsvorstand Andreas Wendt. Der Vertrag laufe bis Ende 2024. „Bereits 2023 wollen wir 26 elektrifizierte Modelle im Angebot haben, davon mehr als die Hälfte vollelektrisch. Entsprechend steigt der Bedarf an Rohstoffen“, sagte Wendt. Ganfeng baue das Lithium in Australien ab.

Für die kommende, fünfte Generation an Batteriezellen kauft BMW auch Kobalt ab 2020 selbst ein und liefert die Rohstoffe den Batteriezell-Herstellern CATL und Samsung SDI. Kobalt soll künftig aus Minen in Australien und Marokko bezogen werden. Die Lieferverträge garantieren eine Versorgungssicherheit bis 2025, teilte BMW mit. Mit den Zellen der beiden asiatischen Hersteller baut BMW die Batterien für seine Elektroautos selbst in den Werken Dingolfing, Spartanburg und Shenyang. Bis 2031 hat BMW bei CATL Batteriezellen für 7,3 Milliarden Euro und bei Samsung SDI für 2,9 Milliarden Euro bestellt. „Damit sichern wir langfristig unseren Bedarf an Batteriezellen“, sagte Wendt. In Europa wollen die Münchner 2025 jedes dritte Auto mit Elektro- oder Hybridantrieb verkaufen.

Warum handelte BMW so schnell und umsichtig?

Der Vertrauensvorschuss vom BMW Konzern in das neu gegründete deutsch-bolivianische Staatsunternehmen YLB (Yacimientos de Litio Bolivianos (kurz: YLB, übersetzt: Bolivianische Lithiumvorkommen) zur Lithiumgewinnung ist weggeschmolzen. Im November 2019 hat Boliviens Regierung nach Angaben eines Regionalpolitikers ein Joint Venture zur Lithium-Gewinnung mit einem deutschen Unternehmen überraschend annulliert. Die Anlage der [deutsch-bolivianischen Staatsfirma YLB](#) an der „Salzpfanne Uyuni“ in Bolivien war erst am 9.10.2018 das Joint Venture zwischen der baden-württembergischen Firma ACI-Systems Alemania GmbH (ACISA), der Thüringischen [K-UTECH AG Salt Technologies](#) (zu DDR-Zeiten VEB-KALI) und der Bolivianischen Regierung. Bolivien ist mit 51 % am Gemeinschaftsunternehmen [YLB ACISA E.M](#) beteiligt. Der Konzern untersteht dem bolivianischen Energieministerium und wurde 2017 mit Hauptsitz in La Paz gegründet. Das Joint Venture beinhaltet Investitionen in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar und den Bau dreier Fabriken in Bolivien, unter anderem einer Lithiumhydroxid-Anlage am Salar de Uyuni, wo aus den dortigen Lithium-Reserven Kathoden und Batterien hergestellt werden sollten. Geplant war von 2022 an eine Förderung von 30 000 bis 40 000 Tonnen Lithiumhydroxid im Jahr, mit Investitionen von 300 bis 400 Millionen Euro.

Damit ließen sich Hunderttausende E-Autos mit Lithium-Batterien ausstatten

Der Gouverneur des Departements Potosí erklärte laut der Nachrichtenagentur ABI, die Regierung von Präsident Evo Morales habe das Projekt per Dekret gestoppt. Im Zuge der Unruhen von November 2019 wurde das Gemeinschaftsunternehmen mit ACISA per Dekret von Präsident Morales als eine seiner letzten Amtshandlungen aufgelöst. Der frühere Evo Morales sagt heute: "Wir prangern an, dass die Putschisten wie beim Erdgas die Absicht haben, unser Lithium an die transnationalen Konzerne zu liefern, und nennt [Juan Carlos Zuleta](#), der für die chilenische Regierung in der Nationalen Lithium-Kommission gearbeitet hat. Das bolivianische Volk wird ihnen nicht erlauben, unsere natürlichen Ressourcen zu verschenken", sagte er in seinem Twitter Account.

Nach der Bildung der Übergangsregierung unter Jeanine Áñez wurde auch der [Geschäftsführer von YLB](#) ausgewechselt. Es übernahm am 8. Januar Juan Carlos Zuleta, ein Analyst des globalen Lithiummarkts, regelmäßig publizierender Meinungsmacher sowie Kampagnenführer gegen die Beteiligung Deutschlands, mit guten Beziehungen zum Comité Cívico von Potosí. Vor seiner Tätigkeit als Executive Manager der heutigen YLB war Zuleta Berater des Potosinist Civic Committee (Comcipo), das 2019 den geschlossenen Lithium-Nutzungsvertrag mit deutschen Unternehmen total ablehnte. Bereits Anfang Februar 2020 wurde er wieder aus seinem Amt entlassen und der Ökonom Gunnar Valda Vargas übernahm übergangsweise. Die deutsche Lithium-Offensive, mit Zugriff zu dem weltgrößten Lithiumlager für die Versorgung der deutschen Industrie, fällt damit erst mal komplett aus. Die Folgen für Deutschland sind verheerend.

Dem Eigentümer der [ACISA GmbH](#), Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Schmutz, und den zahlreichen deutschen Ministerien bis hin zum Bundeskanzleramt, die er auf der Firmenwebseite werbewirksam angibt, dürfte das Dekret nicht gefallen haben.

Auf ihrer deutschen Webseite nimmt die ACISA zu den Schlagzeilen Stellung:

Zitat: „Am 4. November 2019 erschien in den Nachrichten, dass die bolivianische Regierung das Dekret im Zusammenhang mit der Gründung des Joint Ventures zwischen ACI und seinem bolivianischen Partner aufgehoben hätte. Die ACI Systems Alemania GmbH (ACISA) wurde von der Nachricht selbst überrascht. Wir haben aus der Presse davon erfahren, dass das Dekret 3738 außer Kraft gesetzt worden sein soll. Eine offizielle Information von bolivianischer Seite haben wir bisher nicht erhalten. Bisher lief das Projekt planmäßig. So erfolgte am 28. Oktober 2019 die Eintragung des Joint Venture Unternehmens YLB-ACISA E.M. in das bolivianische Handelsregister. Wir werden daher erst einmal unsere bolivianischen Partner um Aufklärung bitten und im Übrigen wie vereinbart am Projekt weiterarbeiten.“

Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes hätte das Joint Venture YLB ACISA-E.M. Zugang zu Restsole aus dem weltweit größten Lithium-Vorkommen am Salar de Uyuni. Diese Voraussetzungen würden sicher stellen, dass die YLB ACISA-E.M. eine solide Basis für die

Entwicklung der Lithium-Wertschöpfungskette hat. YLB ACISA-E.M. wären wiederum gemeinsam für den Vertrieb und die Vermarktung von Lithiumhydroxid verantwortlich, das während der Laufzeit der Partnerschaft produziert worden wäre.

Zur Gründung weiterer Partnerschaften führte YLB intensive Gespräche mit acht Konsortien aus verschiedenen Ländern, die sich als Partner für die Lithiumförderung anboten. Bereits seit 2016 besteht eine Partnerschaft mit dem chinesischen CAMC-Konzern, der Kaliumchlorid auf dem Salar de Uyuni fördert. Die Chinesen sind allerdings interessiert an einer Ausweitung der Partnerschaft, um den großen chinesischen Bedarf nach Lithium zu decken und haben diesen deutschen Deal offenbar verschlafen, meint man in Deutschland. Das war ein Trugschluss für Deutschland und den Unternehmer Wolfgang Schmutz.

Die [WirtschaftsWoche schrieb am 21.06.2019](#) dazu: „Wolfgang Schmutz, Chef des mittelständischen Auto-Zulieferers ACI, soll mit seiner Firma das größte Lithium-Vorkommen der Welt in Bolivien ausbeuten. Viele Experten halten das für ein aussichtsloses Unterfangen.“ Im WiWo-Interview verteidigt Schmutz sein Abenteuer – und erläutert seine großen Pläne für die deutsche Verkehrswende.

Frage WiWo: Sie haben 2018 den Zuschlag bekommen, gegen sieben große Konsortien aus Japan, China, Russland und den USA. Das hat doch viele Beobachter überrascht:

„Wir hatten das gut vorbereitet, hatten die Projektverantwortlichen aus Bolivien nach Deutschland eingeladen, sind hier eine Woche lang rumgereist: Wir waren bei unseren Partnern aus der Industrie, bei der Politik, bei den Banken, bei den Verbänden, bei den Forschungseinrichtungen. Da haben alle an einem Strang gezogen, nicht zuletzt auch die Bundesregierung, die sich aufgrund der Bedeutung von Lithium für die deutsche Industrie sehr für das Projekt eingesetzt hat. Das war wirklich außergewöhnlich. So haben wir den Bolivianern gezeigt, dass wir sehr zuverlässig und gut arbeiten (!). Wir investieren gemeinsam mit dem bolivianischen Staatsunternehmen YLB 300 Millionen Euro, 80 davon gehen als Aufträge an die Bauindustrie vor Ort. Wir werden junge Leute aus Bolivien ausbilden und 15 Prozent des Lithiums der bolivianischen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Wir kommen da nicht rein, nehmen uns den Rohstoff und gehen wieder. Wir sind viel, viel nachhaltiger. Das hat offenbar überzeugt.“

Frage der WiWo: Nachhaltigkeit ist auch das Kern-Argument der neuen Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die im Sommer vorgestellt werden soll. Glauben Sie, dass man damit im Wettbewerb um Zukunftsressourcen gegen China bestehen kann?

China will oft nur schnelles Geld gegen Rohstoffe tauschen. Das ist nicht nachhaltig, sagte Wolfgang Schmutz. „Und dass das kein gutes Geschäft ist, wissen inzwischen eigentlich alle. Der deutsche Ansatz ist da anders – und ich glaube, dass er auch in anderen Ländern funktionieren kann. Das Rennen ist noch nicht gelaufen. Deutschland und Europa haben immer noch Hochtechnologie, gerade beim Anlagen- und Maschinenbau. Afrika und Südamerika brauchen

beispielsweise Solarkraftwerke, Wasserpumpen, IT in der Landwirtschaft. Das alles können wir anbieten – im Gegenzug für Rohstoffe, die unsere Industrie dringend für die Energie- und Verkehrswende benötigt. China ist in Afrika inzwischen schon sehr aktiv in der Rohstoffexploitation. Deshalb müssen wir aufpassen und uns dort Partner suchen, mit denen wir auf Augenhöhe etwas machen können. Unser Vertrag mit den Bolivianern etwa hat eine Laufzeit von 70 Jahren. Das ist für beide Seiten gut: wir haben Versorgungssicherheit, sie können mit uns und unseren Investitionen planen. Ich werde das umsetzen, solange ich lebe. Dafür stehe ich gerade.“

Wolfgang Schmutz's ACISA unterstützt am Firmensitz Rottweil den [Verein zur Förderung der Straßenkinder](#) in Bolivien e.V. Der Verein unterstützt finanziell, organisatorisch und personell ausschließlich die Fundación Arco Iris, (frei übersetzt) „Hilfswerk Regenbogen“ in Bolivien, ein Hilfswerk, das sich für Kinder und Jugendliche auf der Straße, von der Straße sowie vermehrt für soziale Projekte, wie Kindergarten, Kindertagesstätte und Schulbildung einsetzt. Das Einsatzgebiet liegt vornehmlich in der bolivianischen Millionenstadt La Paz in rund 3600 Meter Höhe. Diese Unterstützung ist löblich, aber sie reichte offenbar nicht aus, die Regierung von Bolivien langfristig zur gemeinsamen Ausbeutung ihrer weltgrößten Lithium-Lagerstätten zu überzeugen. Vielleicht hat sich der Konkurrent China mehr mit seinem Störfeuer jetzt einfallen lassen als Deutschland mit seinen einfachen „Kindergärten“? Eine strategische Lithium-Sicherheit für Deutschland über 70 Jahre wäre es sicher wert gewesen.

Fazit:

Lithium-Ionen-Akkus werden als Energiespeicher auch in Smartphones oder Akkuschaubern eingesetzt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 202 Millionen Lithium-Ionen-Akkus im Wert von 2,4 Milliarden Euro nach Deutschland importiert – Tendenz steigend: Im Jahr 2019 seien bis September bereits 190 Millionen Lithium-Ionen-Akkus importiert worden. Etwa 40 Prozent stammten aus China, noch einmal so viel kam aus Japan, Südkorea und Singapur.

China lässt sich von Deutschland nicht die Butter vom Brot nehmen

Hut ab, der Deal mit BMW wurde gut von China eingefädelt. Ein Meisterstück, dass ahnte wohl auch die Wirtschaftswoche bereits im Juni 2019, mit dem Interview von W. Schmutz zu Deutschlands Lithium-Träumen in Bolivien. Die deutschen BND-Schlapphüte verbraten nur Milliarden an Steuergeldern und leisten für die deutsche Industrie nichts, aber gar nichts, fällt mir dazu ein. Wenn der Milliarden verschlingende Bundesnachrichtendienst, so wie das andere Dienste, wie z.B. in China, Frankreich oder den USA üblicherweise tun, seine eigenen deutschen Firmen über wichtige strategische Auslandsinformationen unterrichten würde, dann hätte man die Möglichkeit gehabt, rechtzeitig dagegen zu steuern. Die deutschen Gesetze verbieten das, sagt der BND. Die Schlapphüte lachen sich täglich tot, denn sie dürfen ihre Geheimnisse nur dem Bundeskanzleramt als direkte Aufsichtsbehörde verraten oder mit den USA austauschen. Den deutschen BND-Resident in La Paz sollte man in Rente schicken, denn Merkel und Altmeier

wurden auch von der Kündigung überrascht.

So hat China beide deutschen Firmen in Bolivien ausgebootet und gleich ein fettes Geschäft mit dem Autokonzern BMW, vorsichtshalber für nur 5 Jahre, dazu abgeschlossen. Im Krisenfall wird BMW dennoch kein Lithium mehr aus China erhalten. Die chinesischen Frachter bringen diese seltene Erde dann von Australien direkt nach China und liefern Bayern dafür Oldtimer-Fahrräder aus der MAO-Zeit. Kein Elektroauto, kein Diesel und kein Benzinauto, nichts geht mehr, d.h. die GRÜNEN werden sich richtig freuen und könnten von der restlichen deutschen Bevölkerung vielleicht kurz oder lang auf Helgoland verbannt werden. Frische Luft und eine steife Meeresbrise tut ihnen außerdem mal gut und auf der deutschen Hochseeinsel gibt es sowieso keine Autos.

Beinahe hätte ich es vergessen: Da hilft es nicht, wenn der BMW-Vorstand bei jeder Auslandsreise bei seiner Ankunft ein neues Diensthandy von BMW erhält, um einer Abhörmöglichkeit des Besucherstaates zu entgehen. Das Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz lieferte moderne Technik u.a. an den chinesischen Geheimdienst zur Spracherkennung. Ein neues Handy mit neuer Nummer hilft also nichts, wenn das BKA Straftäter dadurch täglich findet, dann filtert man in China auch die Stimme eines BMW-Vorstands heraus und hört seine sensiblen Geschäftsgespräche mit. Das gilt natürlich ferner für andere deutsche Dax-Vorstände oder Geschäftsführer. Es sollte schon ein Handy mit Sprachumwandlung oder Sprachverschlüsselung sein, gibt's auch bei Rohde & Schwarz in München, aber das wird wegen des hohen Preises vom deutschen Finanzamt nicht als Betriebsausgabe anerkannt. Manchmal spart man in Deutschland wirklich an der falschen Stelle.

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: / Shutterstock

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.

BitCoin Adresse: 18FpEnH1Dh83GXXGpRNqSoW5TL1z1PZgZK